

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 10.12.2008
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:10 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Ammersken, Heino

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Grix, Helga
Meyer, Elfriede (bis 19:03 Uhr)
Meyer, Lina
Schulze, Kai-Uwe

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut für Carmen Verlee
Orth, Petra

FDP-Fraktion

Eilers, Hillgriet für Rolf Bolinius (bis 18:45 Uhr)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder

Grix, Wilhelm
Hayenga, Klaas
Hollander, Volkmar (bis 18:40 Uhr)
Janssen, Soghra
Züchner, Hermann (ab 17:12 Uhr)

von der Verwaltung

Tempel, Doris
Esch, Klaus-Michael
Schröder, Rolf-Dieter
Schulte, Elke

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Ammersken bemerkt, der TOP 4 werde von der Tagesordnung genommen, weil der Antragssteller den Antrag auf Förderung zurückgezogen habe.

Frau Orth bemängelt, dass die Niederschrift der Sitzung am 26.11.2008 noch nicht vorliegen würde.

Herr Ammersken gibt zu bedenken, die letzte Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales habe erst vor 14 Tagen stattgefunden. Für die Verwaltung sei es sicherlich in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen, diese Niederschrift anzufertigen.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 4 Gewährung eines Zuschusses für das Integrationsprojekt "Gemeinsam die Zukunft gestalten- durch Arbeit und Lernen" des Kultur- und Bildungsvereins Internationales Barenburg e. V.
Vorlage: 15/0898/2

Frau Tempel erklärt, nachdem sie die Vorsitzende gebeten habe, zu ihrem Projektantrag im Ausschuss für Gesundheit und Soziales detailliert Stellung zu nehmen und sich für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung zu stellen, habe diese ihr schriftlich mitgeteilt, dass sie diese Nachfragen so werte, dass die Stadt Emden das Projekt nicht unterstützen wolle. Von daher nehme sie den Antrag auf Kofinanzierung zurück.

Herr Bongartz führt aus, es handele sich hierbei um ein Projekt, welches im Grunde genommen die Integration im Stadtteil Barenburg weiter fördern wolle. Dem könne man sich im Prinzip auch nicht verschließen. Doch müsse man sich anschauen, was in der letzten Zeit alles nach Barenburg gegangen sei. In anderen Stadtteilen wie z. B. Borssum gäbe es auch derartige Probleme wie in Barenburg. Wenn der Antragssteller nunmehr den Antrag zurückgenommen habe, müsse man sich im Rat gemeinsam überlegen, ob nicht andere Stadtteile auch in die

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Förderung mit einbezogen werden sollten. Seine Fraktion schlage vor, mit dem Antragsteller zu reden, ob dieses Projekt nicht über die ganze Stadt hinaus ausgedehnt werden könnte.

Herr Grix stellt fest, da dieser Antrag bereits im Jugendhilfeausschuss vorgetragen worden sei, habe er sich intensiv damit beschäftigt. Er könne feststelle, dass dieser Antrag in der dort beschriebenen Form, sehr problematisch sei. Seiner Meinung nach sollte man sich nicht über diesen Antrag unterhalten, sondern grundsätzlich über die Fragen, die Zielorientierung dieses Antrages gewesen sein könnten. Es erscheine ihm wichtig, dass man sich auch in Verbindung mit der Verwaltung darüber Gedanken mache.

Beschluss: Dieser TOP wird abgesetzt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Umsetzung eines alternativen Wohnprojektes im Stadtteil Barenburg;
- Garantieerklärung für entstehende Planungskosten
Vorlage: 15/0961

Frau Tempel führt aus, zu dieser Vorlage habe es in der letzten Sitzung noch einige Nachfragen insbesondere bezüglich der Standortfrage gegeben. Sie habe jetzt dementsprechende Informationen eingeholt und könne dem Ausschuss laut Aussage des Ersten Stadtrates mitteilen, es sei definitiv für das Krankenhaus nicht notwendig, diese Fläche für eigene Erweiterungen vorzuhalten.

Weiter erklärt sie, in den vergangenen zwei Jahren sei das Mehrgenerationenwohn-Projekt ins Leben gerufen worden. Dazu habe es im Stadtteil Barenburg eine Informationsveranstaltung gegeben, um diese Möglichkeit der neuen Wohnform vorzustellen. Nach dem sich eine Interessengruppe gefunden habe, seien auch mehrere Alternativstandorte geprüft und im Hinblick auf die Umsetzbarkeit entsprechend bewertet worden. Letztendlich hätten diese Aktivitäten dazu geführt, dass man festgestellt habe, die Eigentümer des in Barenburg befindlichen Leerstandes würden sich nicht in der Lage sehen, ein solches Projekt mit umzusetzen. Auch seien mehrfach Gespräche mit entsprechenden Verwaltern geführt worden. Da im Bestand dieser Wohnungsbau-gesellschaft keine Veränderungen geplant seien, sei auch hier letztendlich eine Absage erteilt worden.

Auch habe man nach nochmaliger Betrachtung des Kasernengeländes feststellen müssen, dass dieses Gelände keine große Akzeptanz bei den Interessierten gefunden habe. Diese hätten sich eher für das Grundstück an der Bolardusstraße ausgesprochen. Zudem habe dieses Grundstück den Vorteil, dass es sich im städtischen Besitz befinde. Das Grundstück sei im Gegensatz zum Kasernengelände erschlossen und verfüge über die ideale Größe für ein kleines Wohnprojekt. Da es auch noch im Sanierungsgebiet Barenburg liege, bestehe die Möglichkeiten einer Förderung in Bezug auf Wohnumfeldgestaltung oder sogar einer sozialpädagogischen Begleitung dieser Wohngruppe.

Frau Tempel führt weiter aus, die Lage an der Bolardusstraße sei ruhig und trotzdem zentral. Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Kindergärten, Apotheken, das Krankenhaus und die Kurzzeitpflege würden sich in der Nähe befinden. Außerdem könnten sich durch die Nähe zum Kindergarten mögliche Synergien ergeben, die auch das gemeinsame Leben im Stadtteil eventuell beleben könnten. Diese Option sei in anderen Bereichen in Barenburg nicht gegeben. Für den Stadtteil Barenburg habe man sich entschlossen, weil dieses Ziel „Alternative Wohnformen im Stadtteil Barenburg zu integrieren“ aus den Handlungsleitlinien herrühre, die vom Rat beschlossen worden seien. Auch solle der Stadtteil insgesamt attraktiver gestaltet werden, um auch

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

neuen Bürgern aus anderen Stadtteilen Barenburg näher zu bringen. Aus diesem Grunde habe man die Beplanung dieses Grundstücks ins Auge gefasst und die Gewoba gebeten, entsprechende Vorplanungen einzuleiten. Im Gegenzug habe die Gewoba darum gebeten, falls sich das Projekt wirtschaftlich nicht umsetzen lasse, diese Kosten zu übernehmen.

Abschließend bittet Frau Tempel darum, dieses Projekt zu unterstützen und hier entsprechend zu beschließen.

Frau Orth führt aus, die CDU-Fraktion sähe grundsätzlich dieses Projekt als einen positiven Ansatz, dem demographischen Wandel zu begegnen. Auch sei das Mehrgenerationenwohnen eine gute Sache. Doch sprächen folgende Gründe gegen dieses Grundstück. In Barenburg würden derzeit 35 Wohnblöcke und sechs Familienhäuser leer stehen. Ein weiterer Wohnblock würde den Leerstand steigern. Es sollte vorrangig der Ankauf dieser Wohnblöcke geprüft werden. Sie würde auch gerne eine Bestandsaufnahme in schriftlicher Form sehen. Alternativen seien den Ratsmitgliedern nicht vorgelegt worden. Es solle vielmehr über Planungskosten entschieden werden. Damit könne ihre Fraktion nicht leben. Weiter erklärt sie, auch würden mehrere Wohnblöcke eine bessere Verteilung der Wohnungen zwischen alt und jung ermöglichen, da ältere Menschen ein gesteigertes Ruhebedürfnis hätten. Auch sei angestrebt, sich über einen Verein und dessen Zugehörigkeit einmieten zu können. Somit hätten nur die Mitglieder die Möglichkeit, eine Wohnung zu bekommen. Das sei nicht zu akzeptieren. Für die Stadt Emden sei nicht steuerbar, wer dort einziehe.

Abschließend stellt Frau Orth fest, der wichtigste Punkt sei jedoch, dass dieses Grundstück sich in der Nähe des Krankenhauses befinden würde. Bei den derzeitigen engen baulichen Verhältnissen sei das Grundstück fast die einzige Möglichkeit, bei Bedarf zu expandieren. Ihres Wissens habe eine Rücksprache mit dem Aufsichtsrat des Krankenhauses nicht stattgefunden. Das Grundstück wäre für eine Ansiedlung des Gesundheitsamtes, des Sozialpsychiatrischen Dienstes, einer Spezialklinik, eines Ärztehauses oder auch ein Verwaltungsgebäude denkbar. Diese Möglichkeiten würden für ihre Fraktion viel näher liegen, als Wohnraum in der Nähe des Krankenhauses zu schaffen. Ihrer Ansicht nach sollte man das Grundstück für das Krankenhaus reservieren

Frau L. Meyer erklärt, sie wolle ihre Vorrednerin und deren Einstellung dazu nicht kommentieren. Die SPD-Fraktion habe sich intensiv beraten und würde das Grundstück für dieses Wohnprojekt sehr gut finden und somit der Vorlage auch zustimmen, da es bereits der Stadt Emden gehöre, erschlossen sei und für dieses Projekt eine gute Lage habe.

Frau Eilers führt aus, anders wie die CDU-Fraktion möchte sie das Projekt an sich nicht kritisieren. Ihre Fraktion stehe voll dahinter und wolle es gerne unterstützen. Auch seien die von Frau Tempel vorgebrachten Argumente im Hinblick auf die Versorgung, auf die Nähe der Kinderbetreuungseinrichtungen und der häuslichen Pflegeeinrichtungen, des Ärztehauses etc. völlig richtig. Das sei alles einsichtig und sicher auch gut. Was jedoch nicht stimmen würde, sei die Nähe der Versorgungseinrichtungen. Dieses sei auf dem Kasernengelände wohl eher gewährleistet. Auch würde das Kasernengelände durch ein solches Projekt an Attraktivität gewinnen. Es würde jedoch nicht bedeuten, dass sie das Gebiet dort bevorzugen würde. Jedoch könne sie das Argument von Frau Orth mit der Erweiterung des Krankenhauses sehr gut nachvollziehen. Es gäbe dort in der Tat wenig Erweiterungsflächen und sie wünsche sich wirklich, man hätte mit dem Aufsichtsrat des Krankenhauses Rücksprache gehalten, um festzustellen, ob vielleicht auch Interesse vorhanden sei, z. B. ein weiteres Ärztehaus bauen wollen.

Die FDP-Fraktion würde der Vorlage gerne zustimmen. Auch sei es in Ordnung, dass die Kosten erstattet würden. Allerdings gefalle ihr nicht die Beschränkung auf diesen genannten Stand-

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

ort. Sie schlage vor, einen Teil der Planungskosten dafür zu verwenden, noch einen oder zwei Alternativstandorte zu prüfen.

Herr Graf bemerkt, im Großen und Ganzen begrüße er das Projekt. Es sei notwendig, auch in Emden das Mehrgenerationenwohnen einzuführen. Bezüglich des Leerstandes von Wohnungen in Barenburg müsse er jedoch Frau Orth zustimmen. Er könne nicht nachvollziehen, warum dieser nicht verwendet werde. Er stellt die Frage, wie viele Mitglieder sich für ein solches Projekt interessieren würden. Außerdem müsste durch einen Kostenvergleich geprüft werden, ob ein Altbau eine Alternative wäre.

Frau Tempel entgegnet, wie sie schon eingangs erwähnt habe, sei die Wohnungsbaugesellschaft, in deren Eigentum sich diese Immobilien befinden würden, nicht bereit, dort Veränderungen durchzuführen. Die Verhandlungen hierzu dauerten schon über zwei Jahre. Keineswegs sei es nur ein Telefonanruf gewesen. Unterlagen hierzu würden beim Fachdienst Stadtplanung liegen und seien möglicherweise auch einsehbar. Wenn die Politik die Verwaltung wieder auf diese Schiene schicken würde, ende man in einer Sackgasse. Sie bitte darum, das Problem Wohnungsleerstand nicht mit diesem Wohnprojekt zu verknüpfen.

Weiter führt Frau Tempel aus, nach einer ersten Informationsveranstaltung hätte sich eine Gruppe von 20 Personen gemeldet, die mittlerweile auf zwölf Personen geschmolzen sei. Das Interesse habe nachlassen, weil in der Zeit der Planung nie ein konkretes Projekt vor Augen gestanden habe. Den Interessierten habe man letztendlich gesagt, dass sich offensichtlich kein Grundstück finde und auch kein Wohnungsbauträger für dieses Projekt zur Verfügung stehe. Die Verwaltung habe sich gesagt, ohne tatsächlich ein konkretes Projekt zu haben, könne man mit dieser Gruppe nicht weiter diskutieren. Nunmehr habe man glücklicherweise die Gewoba gewonnen, sich hier als Partner zu engagieren. Wenn jetzt die entsprechenden Planungen stattgefunden hätten, könne man erneut an die Öffentlichkeit gehen und weitere Interessierte für dieses Projekt werben. Es sei geplant, ca. zwölf Wohnungen in unterschiedlicher Größe mit einem unterschiedlichen Zuschnitt auf dieser Fläche zu errichten. Im Moment habe die Verwaltung zehn Interessenten. Auch sei geplant, mit diesem Projekt in Zukunft für solche alternativen Wohnformen zu werben und das Interesse in der Bevölkerung zu wecken.

Frau Schulte ergänzt, bezüglich der Berechnung der Kosten sei sie erstaunt darüber gewesen, wie viel umgebaut werden müsse, um ein bestehendes Gebäude behindertengerecht einzurichten.

Herr Schild erklärt, nach anfänglicher Skepsis werde er der Vorlage zustimmen. Seiner Ansicht nach befinde sich die Gesellschaft grundsätzlich in einem Experimentierfeld, was das Zusammenleben zwischen den Generationen betreffe. Es müsse generationsübergreifend gedacht werden. Insofern sei es gut, hier auf ein Experiment einzugehen.

Herr Bongartz führt aus, die CDU-Fraktion lehne dieses Projekt kategorisch ab, da die von Frau Tempel genannten Gründe nicht nur in Barenburg, sondern auch auf andere Stadtteile zutreffen würden. Bezüglich des Krankenhauses bemerkt Herr Bongartz, hier entscheide der Aufsichtsrat des Krankenhauses und nicht der Kämmerer der Stadt Emden, wie sich die Zukunft entwickle. Das Grundstück liege in unmittelbarer Nähe zum Krankenhaus. Nichts würde sich dort besser anbieten, als ein Ärztehaus, eine Spezialklinik oder ähnliches, was in einer gewissen Affinität mit dem Krankenhaus stehe. Man wäre schlecht beraten, dieses Grundstück nun für ein solches Projekt wie das Mehrgenerationenwohnen zu opfern.

Weiter führt Herr Bongartz aus, der Stadtteil Barenburg sei ein Stadtteil, der den höchsten Wohnungsleerstand in Emden habe. Es müsse alles unternommen werden, um diesen Stadtteil zu reaktivieren. Auch lasse sich das Problem zwischen alt und jung nicht auf einer Fläche von

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

2.000 qm Wohnfläche lösen. Die Frage, wie das juristisch aussehen würde, sei von Herrn Lutz dahingehend beantwortet worden, dass es einen Verein geben werde, der sich gründen müsse und in dem man Mitglied werden könne. Und wer Mitglied in diesem Verein sei, könne sich auch für das sogenannte Mehrgenerationenwohnen in Barenburg eintragen lassen. Die Stadt Emden habe überhaupt keinen zivil- und baurechtlichen Einfluss darauf, wie später einmal diese Gemeinschaft aussehen werde.

Er stellt fest, dass erst vor kurzer Zeit erschlossene Grundstück in der Wilhelm-Hauff-Straße hätte sich für ein solches Projekt besser angeboten, da es nicht in unmittelbarer Nähe zum Krankenhaus liegen würde, sondern mitten in Barenburg. Abschließend betont Herr Bongartz, seine Fraktion werde dieser Vorlage auf keinem Fall zustimmen, weil für die CDU-Fraktion die erste Priorität in Barenburg sei, den Wohnungsleerstand dort zu beseitigen.

Herr Graf stimmt den Ausführungen von Herrn Bongartz vollkommen zu.

Frau Eilers hat den Eindruck, dass sich hier ein Konflikt zuspitze. Um das zu vermeiden, schlage sie vor, in diese Beschlussvorlage entsprechend der Argumentation, die sie vorher schon gebracht habe, mit aufzunehmen, dass mehrere Standorte geprüft werden sollten. Sie wisse sehr wohl, dass dieses viel Arbeit und Mühe mache, meine aber auch, hier sollte durchaus noch einmal Zeit und Geld investiert werden, um mindestens einen weiteren Standort zu prüfen.

Weiter führt Frau Eilers aus, auch seien zehn Interessierte im Augenblick nicht besonders viel. Durch einen alternativen Standort könnte sich auch ergeben, dass sich mehr Interessierte finden würden. Insofern könnte das auch eine Chance sein. Mit diesem Zusatz würde ihre Fraktion der Vorlagen zustimmen.

Frau L. Meyer erklärt, auch die SPD-Fraktion sei sehr interessiert daran, die Leerstände in Barenburg zu beheben. Wie das am besten geschehe, könne man heute noch nicht sagen. Dennoch bleibe sie dabei, dass dieses Projekt „Mehrgenerationenwohnen“ in Angriff genommen werde. Bei dieser Vorlage gehe es lediglich um die Übernahme der Planungskosten. Der Rat werde auch an den weiteren Planungen beteiligt werden. Daher werde ihre Fraktion auch der Vorlage zustimmen.

Frau Orth findet es gar nicht gut, unter Zeitdruck gesetzt zu werden. Es gehe hier um viel Geld. Auch sie sei für das Mehrgenerationenwohnen, da es eine gute Sache sei. Aber es sei immer schlecht gewesen, sich unter Zeitdruck für etwas zu entscheiden.

Sie fragt weiter an, welche Personen in diesem Bauverein seien, die das Projekt verwalten würden. Außerdem hätte sie gerne eine Auflistung der bisherigen abgeprüften Objekte oder Häuser, die zur Verfügung stehen würden.

Herr Schulze stellt fest, es sei schon vieles ausgetauscht worden und betont, hier gehe es lediglich um eine Garantieerklärung für entstehende Planungskosten, die der Rat beschließen solle.

Weiter bemerkt er, einen Zeitdruck könne er nicht erkennen. Dieses Mehrgenerationenwohnen sei schon lange im Gespräch und man habe sich bereits ausführlich damit befasst. Daher werde er der Vorlage auf jedem Fall zustimmen.

Herr Schild ist ebenfalls der Ansicht, das genug besprochen worden sei. Er bittet darum, endlich anzufangen. Seiner Meinung nach habe dieses einen Modellcharakter und es werde Zeit, dass das Projekt endlich in Gang gebracht werde. Er sei sich sicher, dass es hier zu keinem Leerstand kommen werde.

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Bongartz zeigt sich verwundert darüber, dass den Mitgliedern im Aufsichtsrat von einem Mehrgenerationswohn-Projekt nichts bekannt sei, weil in der Gewoba darüber nicht diskutiert worden sei. Auch sei dieses Thema im Rat in der Vergangenheit keineswegs intensiv beraten worden.

Frau Tempel bezieht sich auf die Frage von Frau Orth bezüglich des Vereins und bemerkt, diesen Verein gäbe es noch nicht. Man befinde sich nicht einmal in der Vorplanung. Diese soll jetzt mit dem Auftrag an ein Architektenbüro angeschoben werden. Die Umsetzung des Projektes werde dann erst tatsächlich in Angriff genommen werden können, wenn ein entsprechendes Anschauungsobjekt vorhanden sei. Erst dann könne man an die Öffentlichkeit herantreten und entsprechende Interessenten für dieses Projekt finden. Wenn zu diesem Standort kein entsprechender Beschluss in absehbarer Zukunft gefasst werde, würden sich viele Interessenten demotiviert zurückziehen.

Herr Schild stellt fest, er könne die Diskussion, die geführt werde, so langsam nicht mehr nachvollziehen. Hier gehe es um Planungskosten, die grundsätzlich unabhängig von dem Grundstück seien.

Herr Ammersken stellt fest, er habe den Eindruck, dass die Argumente so langsam ausgetauscht seien. Nach den Wortmeldungen von Frau Orth und Herrn Götze bitte er darum, zur Beschlussfassung zu schreiten.

Frau Orth bemerkt, der Sinn eines Ausschusses sei es, zu beraten und verschiedene Meinungen auszutauschen. Alle Ratsmitglieder würden für die Bürger der Stadt Emden entscheiden. Daher könne es nicht sein, dass hier etwas auf die Schnelle entschieden werden müsse. Sie betont noch einmal, bis heute habe der Ausschuss keine Fakten oder Auflistungen etwaiger anderer Häuser vorliegen, die in Frage kämen.

Herr Götze kann nicht nachvollziehen, was für eine Diskussion hier geführt werde. Es seien viele Argumente ausgetauscht worden. Seines Erachtens sei es sinnvoll, dass Emden endlich so ein Mehrgenerationenwohn-Projekt bekommen würde.

Frau E. Meyer betont, sie wolle richtig stellen, es werde hier nicht auf die Schnelle entschieden. Auch ihre Fraktion habe sehr lange diskutiert.

Herr Ammersken schlägt vor, jetzt zur Beschlussfassung zu schreiten. Er erklärt, Frau Eilers habe einen Änderungsantrag ins Spiel gebracht, der laute:

„Es werden zur Umsetzung des Projektes mehrere alternative Standorte auch außerhalb des Stadtteils Barenburg geprüft und diese dem Rat vorgelegt.“

Da dieses der weitergehende Antrag ist, lässt Herr Ammersken zunächst hierüber abstimmen.

Ja:4	Nein: 6	Enthaltungen: 0
------	---------	-----------------

Herr Ammersken stellt fest, dass damit dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt sei. Er lässt abschließend über den ursprünglichen Antrag abstimmen.

Beschluss: Die bei der städtischen Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH entstehenden Planungskosten für ein alternatives Wohnprojekt im Stadtteil Barenburg werden bis zu einer Gesamthöhe von 12.000,-- € aus dem Budget des Fach-

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

bereiches Gesundheit und Soziales übernommen, sofern dieses Projekt aus Gründen, die nicht von der GEWOBA zu vertreten sind, scheitert.
Diese Garantieerklärung ist an die Bedingung geknüpft, dass sich die GEWOBA und die Stadt Emden auf einen zu beauftragenden Architekten einigen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Ja:6	Nein: 4	Enthaltungen: 0
------	---------	-----------------

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Vorstellung des neuen Geschäftsführers der ARGE und Tätigkeitsbericht der ARGE für das Jahr 2008
Vorlage: 15/0973

Frau Tempel erklärt, im April 2008 habe es in der Geschäftsführung der ARGE einen Wechsel gegeben, da der bisherige Geschäftsführer, Herr Discus, aus der ARGE wieder in die Kernverwaltung der Stadt Emden zurückgekehrt sei. Der bisherige Stellvertreter, Herr Friedrich Weber, habe einige Monate interimsmäßig die Geschäfte in der ARGE geführt und sei im September zum Geschäftsführer bestellt worden.

Herr Weber stellt sich kurz vor, erläutert ausführlich die beiden Arbeitsbereiche der ARGE „Leistungsgewährung“ sowie „Markt und Integration“ und gibt abschließend einen Ausblick auf das Jahr 2009.

Die zahlreichen Fragen der Ausschussmitglieder werden von Herrn Weber eingehend beantwortet.

Herr Bongartz stellt fest, diese Ausführungen würden bei weitem über den eigentlichen Tagesordnungspunkt hinweggehen. Daher schlägt er vor, dass Herr Weber in einer Art Workshop evtl. Anfang des nächsten Jahres detailliert über die verschiedenen Sozialgesetzbücher und über die Bestimmungen im Arbeitsrecht etc. berichte.

Herr Ammersken stellt fest, die Anregung von Herr Bongartz sei der Wunsch aller Fraktionen. Daher würde er Frau Tempel bitten, alles Notwendige zu veranlassen.

Herr Weber begrüßt diesen Vorschlag. Da gerade das Jahr 2009 für die ARGEN bezüglich der neuen Ausrichtung der arbeitsmarktlichen Instrumente und der Änderungen im SGB III sehr interessant werden würde, schlägt er vor, zunächst einmal ein paar Wochen im Jahr 2009 verstreichen zu lassen und sich Ende Februar/Anfang März zu einem Workshop zu treffen.

Herr Ammersken bedankt sich für die Ausführungen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 8 Anfragen

1. Berichterstattung von Bildungsträgern

Herr Graf fragt an, ob es möglich sei, in einer der nächsten Sitzungen eine Berichterstattung von einigen Bildungsträgern zu bekommen bezüglich der Erfolgsquote der Vermittlung nach einer Weiterqualifizierung.

Frau Tempel entgegnet, hierbei würde es sich in der Mehrheit um private Träger handeln. Ob diese Träger über ihre Erfolge oder Misserfolge in einem Ausschuss berichten würden, sei fraglich. Dennoch wolle sie sich erkundigen, ob die Bereitschaft vorhanden sei.

2. Gesundheitsbefragung

Frau L. Meyer erkundigt sich, wann mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der Gesundheitsbefragung zu rechnen sei.

Frau Tempel führt aus, die Auswertung der Ergebnisse für die jetzt startende Befragung „Gesundheit im Alter“ werde für ca. Februar erwartet. Die Vorstellung der Ergebnisse in der Öffentlichkeit erfolge über die Gesundheitsberichterstattung. Es sei geplant, diesen zweiten Gesundheitsbericht Mitte des Jahres 2009 auch im Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu präsentieren.

3. Gesundheitsmesse

Frau L. Meyer bittet um Auskunft, inwieweit die Stadt Emden an der Gesundheitsmesse im Januar 2009 beteiligt sei.

Frau Tempel bemerkt, sowohl der Fachdienst Gesundheit als auch der Fachdienst Sozialhilfe mit dem Beratungsangebot in der Pflege würden sich am Gesundheitstag beteiligen.

Herr Esch ergänzt, im Fachdienst Gesundheit habe man sich innerhalb der Teams zusammengeschlossen, um herauszufinden, was in dieser Messe für den Bürger wichtig sei und wer mit einem Stand vor Ort sein, um Fragen beantworten zu können.

3. Justizvollzugsanstalt Emden

Herr Götze erklärt, als Mitglied im Anstaltsbeirat sei er vor ca. 14 Tagen in Hannover über die neue Struktur informiert worden. Ab dem Jahr 2009 würde sich für Emden dramatisch etwas ändern, was insgesamt natürlich auch sehr starke Auswirkungen für Emden und Umgebung habe. So seien die ganzen Hilfen, die hier teilweise angeboten würden, nicht mehr möglich, da sich dann die nächsten Haftanstalten in Oldenburg oder Meppen befinden würden. Eine Anlaufstelle in Aurich würde seiner Meinung nach mit Sicherheit nicht ausreichen, sodass es zu Problemen z. B. bei der Antragsstellung bei der ARGE kommen werde.

Herr Götze schlägt vor, sich dieses Themas anzunehmen und in einem größeren Kreis auch mit dem Präventionsrat zusammensetzen, um die Auswirkungen für Emden zu diskutieren. Integration sei besonders für diese Menschen wichtig, damit sie nicht wieder rückfällig würden.

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau Tempel sagt zu, diese Anregung aufzunehmen und mit Herrn Santjer vom Präventionsrat zu besprechen, welcher Expertenkreis einzuladen sei, um dieses Problem zu thematisieren und evtl. dann an die zuständigen Stellen heranzutreten.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.